









### Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 12. Januar, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Miquel, v. Schelling, Dr. Bosse und Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme von Vorlagen der königlichen Staatsregierung.

Finanzminister Miquel: Der Etat schließt ab mit einer Gesamtsumme von 1 894 000 000 Mk. in Ausgaben, während die Einnahmen nur 1 835 000 000 Mk. betragen, so daß ein Fehlbetrag von etwa 58 Mill. Mk. entsteht. Wir haben dabei die außerordentlichen Schuldenfälligkeit von 20 Mill. Mk. aufrecht erhalten, weil wir hoffen, daß dieses unerfreuliche Ergebnis nur ein vorübergehendes sein wird. Allzu pessimistisch dürfen wir diese Ergebnisse nicht ansehen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß bei der entscheidenden Stellung, welche die Eisenbahnbetriebseinnahmen eingenommen haben, man sich auf solche Schwankungen gefaßt machen muß. Der Etat ist ein Spiegelbild unserer Verhältnisse. Die Eisenbahnverwaltung allein tritt mit einem Minderbetrag von 29 1/2 Millionen hervor; die Bergwerksverwaltung hat eine Mindereinnahme von 3 Millionen und die Ueberweisungen vom Reiche sind sehr stark im Rückgange. Daneben kommen in Betracht Mehrausgaben für die Tilgung der öffentlichen Schuld, für die Pensionen und Wittwen- und Waifengelder; solcher plötzlicher Einnahme-Verminderung und starken Ausgabevermehrung gegenüber konnten die regulären Einnahmen des Staats nicht Stand halten. Wir mußten außerordentliche Mittel zu Hilfe nehmen. Bei der Eisenbahnverwaltung ergab sich auch in früheren Jahren ein erhebliches Schwanken der Nettoeinnahmen, es sind Schwankungen von 40 Millionen im Jahre hervorgetreten. Die Eisenbahnnettoeinnahmen sind im Steigen geblieben von 1880—86 und von 1887 ab sind sie im Rückgange geblieben. Daraus kann man die tröstliche Ueberzeugung herleiten, daß beim Wiederaufleben der industriellen und gewerblichen Verhältnisse auch die Eisenbahneinnahmen wieder eine steigende Richtung einnehmen werden. Allerdings dürfen wir in keiner Weise vergessen, daß auch die Ausgaben der Eisenbahnen erheblich gestiegen sind und daß das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen ein ungünstiges geworden ist. Wir müssen hoffen, daß es der Eisenbahnverwaltung gelingt, die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zu vermindern. (Bewegung.) Ueber den Finalabschluß des Jahres 1891/92 habe ich schon im vorigen Jahre Mitteilung gemacht; das Jahr schließt mit einem Defizit von 42 Mill. Mk. In diesem Jahre hat die Eisenbahnverwaltung ein Defizit von 59 Mill. Mk. ergeben; die niedrigere Höhe des Defizits ist herbeigeführt durch die Mehreinnahmen anderer Verwaltungen, der Forst-, Bergwerk-, Lotterieverwaltung, der directen und indirecten Steuern. Die Zuschußverwaltungen hatten einen Minderbedarf von 2 100 000 Mk. Das laufende Etatsjahr wird, wie man mit Bestimmtheit annehmen kann, der Fehlbetrag mindestens den Betrag des Jahres 1891/92 erreichen. Bei den Domänen und indirecten Steuern werden Ausfälle entstehen, bei der Bergwerk-Verwaltung etwa 5 Mill. Mk., die vielleicht durch die gegenwärtigen Zustände noch vergrößert werden. Die Eisenbahn wird eine Mindereinnahme von 61 Mill., die öffentliche Schuld eine Mehrausgabe von 1 Mill. Mk. bringen, außerdem der Landtag eine Mehrausgabe von 1 Mill.,

weil die Session länger als sonst durchschnittlich dauert. Für die Ueberweisungen an die Kreise, wird sich ein Minderertrag ergeben von 9 400 000 Mk., wenn nicht die letzten Monate diesen Betrag wieder vergrößern. Die Eisenbahneinnahmen sind nicht nur durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern namentlich durch die Choleraepidemie nachtheilig beeinflusst worden. Wir wollen hoffen, daß diese Epidemie im nächsten Jahre nicht wieder auftritt; ein Wiederaufleben der wirtschaftlichen Verhältnisse kündigt sich jetzt schon an. Im neuen Etat für 1893/94 mußten die Einnahmen um 50 Millionen niedriger, die Ausgaben um 40 1/2 Millionen höher veranschlagt werden. Im Etat ist der Antrag der Regierung enthalten, die Lotterieloose um 30 000 zu vermehren und zwar aus folgenden Erwägungen: Wir haben uns aus den Verhandlungen des Hauses überzeugt, daß die Landesvertretung auf den Standpunkt, daß die Staatslotterie den Spieltrieb anreize und deshalb verwerflich sei, sich nicht gestellt hat. Es handelt sich nicht um die grundsätzliche Beseitigung der Lotterie. Die Staatslotterie soll nur das vorhandene Bedürfnis befriedigen, dieses Bedürfnis soll nicht durch auswärtige Lotterien befriedigt werden. Die auswärtigen Lotterien haben ihre Looszahle erhöht und finden ihr Absatzgebiet namentlich in Preußen. (Hört!) Zweifellos findet die Reklame, welche die auswärtigen Lotterien treiben, bei der Staatslotterie nicht statt; die Sache ist also nicht vom Standpunkte der öffentlichen Moral zu beurtheilen. Bei den indirecten Steuern, bei der Bergwerksverwaltung, bei der Seehandlung und bei den Domänen mußte ein Minderüberschuß veranschlagt werden. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung und den Dotationen sind 24 1/2 Mill. Mk. mehr notwendig geworden, darunter 6 Millionen für die Schuldenverzinsung. Die Ueberweisungen an die Kreise mußten in Folge des dreijährigen Durchschnitts erheblich niedriger veranschlagt werden; sie werden sich in Wirklichkeit noch niedriger gestalten und es wird sich ergeben, daß die bei der Steuerreform berechneten 24 Millionen als Durchschnittseinnahme nicht zu niedrig bemessen sind. Aus dem Polizeilaufgesetz ergibt sich eine Mehreinnahme des Staates von 6 972 000 Mk., welchen 5 Millionen Mark Mehrausgaben gegenüber stehen, namentlich bei dem Polizeipräsidium von Berlin, wo 3 Millionen Mark mehr gefordert werden. In diesem Jahre werden diese Ausgaben wohl nicht in vollem Maße Platz greifen, da noch nicht in allen Städten das Nachwachswesen auf den Staat übernommen werden kann. Für die Justizverwaltung sind 3 Millionen Mark Mehrausgabe in Aussicht genommen für Oberlandesgerichte und für die Land- und Amtsgerichte. Mehr in Aussicht genommen sind für die ersteren ein Senatspräsident und 9 Räte, für die letzteren 11 Directoren und 66 Richter, außerdem eine ganze Anzahl von Bureaubeamten. Trotz der schlechten Finanzlage glauben wir dem Bedürfnis gerecht werden zu müssen. Ob wir schon dem vollen Bedürfnis gerecht geworden sind, lasse ich dahingestellt; wir werden vielleicht in den nächsten Jahren manches nachholen müssen. Beim Handelsministerium sind Mehrausgaben erforderlich für die weitere Ausdehnung der Gewerbeinspektion und für die Einrichtungen von Bergwerkschiedsgerichten. Beim landwirtschaftlichen Ministerium ist eine Mehrausgabe von 170 000 Mk. für die Generalcommission

notwendig; diese Commissionen haben eine vermehrte Thätigkeit in Folge des Rentengütergesetzes, dessen Anwendung eine überraschende Ausdehnung gewonnen hat. Schon im März 1892 hatten die Commissionen mit der Verwaltung von Rentengütern für einen Besitz von 120 000 Hectar zu thun. Der Rückgang der industriellen Verhältnisse in den westlichen Provinzen, die Verminderung der Nachfrage nach Arbeitern hat zu der theilweisen Rückströmung der Arbeiter nach dem Osten geführt. Die Zurückkehrenden sind zum Theil mit nicht unwesentlichen Ersparnissen versehen gewesen und haben sich als Landwirthe sehnhaft gemacht. Wir hoffen, daß das Gesetz sich wohlthätig erweisen wird. (Zustimmung.) Zu bedauern ist nur, daß ein Mangel an Vermessungsbeamten vorhanden ist, wodurch die Bildung der Rentengüter sich sehr verzögert, namentlich weil die Katasterbeamten sehr angepannt sind durch die Neuveranlagung der Grund- und Gebäudesteuer. Der Fonds zum Ankauf von Forstgrundstücken von 1 Million Mark ist aufrecht erhalten worden und es ist im Etat der Bermerk aufgenommen worden, daß dieser Betrag sich vermehrt um die Einnahmen aus dem Verkauf von Domänen und Forsten, die sich auf über 200 000 Mk. belaufen. (Zustimmung.) Wir sind der Meinung, daß es sich hier nur um einen Anfang handeln kann; wir müssen dahin streben, daß die Aufzucht von Dehländereien, die Colonisation von Mooren u. s. w. gefördert wird. Aus Staatsfonds kann dafür nicht viel gegeben werden, die Verwaltungen müssen sich auf sich selbst heraus zu helfen suchen. (Zustimmung.) Das Cultusministerium hat einen Mehrbedarf von 2 437 000 Mk. für höhere Lehranstalten, die Schulbauten, die Aufhebung der Stolzgebühren u. s. w. Für die katholische Kirche konnte eine Summe für die Aufhebung der Stolzgebühren in den Etat nicht eingestellt werden. Das Bild des Etats ist also ein durchaus nicht erfreuliches. Aber die wesentlichen Gründe des Rückganges unserer Finanzen sind nur vorübergehende; es sind aber auch Gründe dauernder Natur vorhanden, welche unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen müssen. Ich habe es schon oft ausgesprochen: Wir haben unseren Ausgabeetat in einem zu starken Verhältnis zu den gesicherten Einnahmen gesteigert, und wir haben deshalb die Mehreinnahmen gesteigert, und wir haben deshalb die dauernde Heilung ist eine völlige Klarheit der Anschauung über die wirkliche Lage der preussischen Finanzen. Jede Schönfärberei ist von Uebel ebenso wie jede übertriebene pessimistische Anschauung. Nicht bloß die Betriebsverwaltung in ihren Einnahmerückgängen, sondern auch die Verhältnisse zum Reiche wirken mit, um die schwierige Finanzlage hervorzuheben. Die schwankenden Einnahmen der Betriebsverwaltung und die schwankenden Ueberweisungen aus dem Reiche bringen die Gefahr mit sich, daß man diese Einnahmen für dauernde ansieht und die Ausgaben danach bemißt. (Zuruf links: Haben wir ja immer gesagt!) Die erste Ausgabe der Finanz-Verwaltung ist also, diese Schwankungen zu vermindern. Wir werden Fürsorge treffen müssen durch organische Einrichtung, daß die eigenen Einrichtungen der Betriebsverwaltung die Schwankungen ausgleichen und das Finanzverhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten wird anders gestaltet werden müssen. (Zuruf: In der Militär-Commission!) Dabei muß die Finanzverwaltung Unterstützung bei der

Landesvertretung finden, diese darf nicht immer auf neue Ausgaben hindrängen. Ueberall muß die alte preussische Tradition festgehalten werden, daß man nur die notwendigen Ausgaben macht. (Zuruf: Militär-vorlage!) Die Ausgaben für die Bertheidigung sind notwendig, denn die Unabhängigkeit des Landes ist die Vorbedingung der Selbständigkeit. (Zustimmung rechts.) Wir haben auf die allgemeine Aufbesserung der Beamtegehälter verzichten müssen, aber was wir thun konnten, haben wir gethan; wir haben das System der Dienstalterstufen auf die mittleren und Anzlei-beamten ausgedehnt, worüber eine Denkschrift die nähere Erläuterung bringen wird. Die Behauptung der Presse, daß die Finanzverwaltung dabei ein Geschäft von zwei Millionen Mark zu Lasten der Beamten mache, ist frivol. Die Neuordnung liegt vorzugsweise im Interesse der Beamten, deren Zukunft nicht mehr vom Zufall, vom Tode der Vordermänner abhängt. Die dauernd beschäftigten Diätarien mußten jetzt zu lange auf ihre Anstellung warten, sie fanden keine gesicherte Stellung mit Pensionsberechtigung. Deshalb soll die Stellung der Subalternbeamten um eine größere Zahl vermehrt werden, so daß die Diätarien nach einer vierjährigen Dienstzeit zur definitiven Anstellung kommen können. Wir haben die Absicht, das Dienstaltersstufensystem auch auf die höheren Beamten auszudehnen. Indem ich Ihnen die Beschlußfassung über den Etat anheimstelle, hoffe ich, daß Sie von demselben Gesichtspunkte ausgehen, wie die Regierung. Können Sie noch überflüssige Ausgaben im Etat entdecken, so werden Sie mich zur Sparsamkeit doch die Ausgaben für die Landes-meliorationen nicht eingeschränkt, weil gerade in schlechten Zeiten dadurch Arbeit geschaffen wird und die Arbeiten billiger hergestellt werden können. (Beifall.) Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag, 11 Uhr. Erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Aenderung des Wahlverfahrens.

### Aus der Provinz.

□ **Garnsee, 12. Januar.** Die hiesigen Seen sind in diesem Winter mit einer außergewöhnlich starken Eisdecke, auf welcher noch eine starke Schneeschicht lagert, bedeckt. Es ist sehr zu befürchten, daß die in den sumpfigen Seen befindlichen Fische, wie dieses im Jahre 1888 der Fall war, sämtlich ersticken. Der hiesige Magistrat hat daher veranlaßt, daß hinreichend Wuhnen auf den Seen geschlagen und diese täglich geöffnet werden. Heute machten die Fischer bei dem Schlagen von Wuhnen auf dem sumpfigen Brauhaus-See einen guten Fang. Die Fische, meistens Hechte, waren dem Erstickungstode nahe, sie kamen zu Tausenden an die offenen Wuhnen, um Luft zu athmen. Hier wurden sie auf bequeme Weise mit Händen aus dem Wasser genommen. Die Fischer haben auf diese Weise, ohne irgend welche Fanggeräte zu benutzen und Kosten zu haben, etwa zehn Centner Fische gefangen. Ein Beweis, wie fischreich unsere Seen sind.

□ **Aulm, 12. Januar.** Durch eine Feuersbrunst wurde gestern das Brimmer'sche Gehöft in Oberausmaß eingäschert. Das Vieh wurde mit Ausnahme von drei Schweinen gerettet. Sämtliches Mobiliar, die Futter- und Getreidevorräthe sind dagegen verbrannt. Das Mobiliar war gar nicht und die Gebäude nur niedrig versichert.

